

Niederschrift über die 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 11.12.2013, 16:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Norbert Frieling	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Richard Bolwerk	CDU	Vertretung für Michael Quiel
Herr Hans-Theo Büker	Pro Coesfeld	
Herr Wilhelm Korth	CDU	
Herr Heinz Kramer	Pro Coesfeld	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	bis 19.35 Uhr, TOP 8 ö. S.
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Hans-Dietmar Schulz	CDU	Vertretung für Christoph Micke
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	abwesend bei TOP 5 ö. S.
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Frau Inge Walfort	SPD	
beratende Mitglieder		
Herr Klaus Schneider	Aktiv für Coesfeld	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Frau Larissa Bomkamp	FB 60	bis TOP 7 ö. S.
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Theo Reckert		bis TOP 3 ö. S.
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:18 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anregung gemäß § 24 GO NRW bzgl. des Einbaus von Bremsschwellen im Baugebiet Kulturquartier
Vorlage: 281/2013
- 3 Anregung gemäß § 24 GO NRW bzgl. der Auslichtung und Teilentfernung von Straßenbäumen
Vorlage: 178/2013/2
- 4 Weitere Planungsaufträge Berkelprojekt
Vorlage: 244/2013
- 5 Kostenschätzung für die Coesfelder Straße in der Ortsdurchfahrt Lette
Vorlage: 284/2013
- 6 Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Ausbau der Straße "Am Haus Lette"
Vorlage: 242/2013
- 7 Prioritätenliste 2014 FB 60 / Produkte Stadtentwicklung und Verkehrsplanung
Vorlage: 289/2013
- 8 Haushalt 2014
Vorlage: 280/2013
- 9 Bebauungsplan Nr. 131 "SO-Gebiet Abfallentsorgungsstandort Brink" i.V.m. der 71. Änderung des Flächennutzungsplans
Vorlage: 286/2013
- 10 Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Grundstücksermittlung zum Bau eines Lebensmittelmarktes
Vorlage: 248/2013
- 11 Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eines Parkverbotes für LKW
Vorlage: 259/2013
- 12 Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches (Verkehrszeichen 325) für die Straße Am Alten Freibad
Vorlage: 261/2013
- 13 3. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste
Vorlage: 234/2013
- 14 Realisierungsstand der Maßnahmen zum IV. Quartal 2013
Vorlage: 274/2013
- 15 Budgetbericht per 30.09.2013
Vorlage: 233/2013
- 16 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Schmitz informiert über die Erweiterung der Mobilfunkstationen Haugen Kamp, Otterkamp und Industriestraße.

Herr Schmitz teilt mit, dass die Jury im Landeswettbewerb REGIO.VELO.01 nur den Streckenabschnitt von Isselburg über Bocholt, Rhede und Borken nach Velen ausgezeichnet habe. Der Abschnitt von Velen nach Coesfeld habe aufgrund der vergleichsweise geringen prognostizierten Nutzerzahlen auf diesem Abschnitt weniger überzeugt. Das Kosten-/Nutzenverhältnis für einen Radschnellweg schein auf diesem Abschnitt nicht gegeben zu sein. Die Maßnahme werde aber im Rahmen der Regionale 2016 weiter bearbeitet. Hier biete sich eine Chance, im Rahmen einer vom Landesbetrieb Straßen NRW geplanten Schwarzdeckenerneuerung über eine Fahrbahnverlegung und eine Radwegeanlage zu diskutieren. Anhand einer Skizze zeigt Herr Schmitz mögliche Umgestaltungen im Rahmen der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen auf. Die Verwaltung werde mit Straßen NRW Kontakt aufnehmen.

Herr Backes stellt dem Ausschuss Frau Bomkamp vor, die im Fachbereich 60 befristet für drei Jahre die Regionale-Projekte bearbeiten wird.

In diesem Zusammenhang berichtet Herr Backes kurz über die anderen Projekte der Regionale 2016 und verweist auf detaillierte Informationen auf der Internetseite der Regionale (<http://www.regionale2016.de>). Er kündigt einen ausführlichen Bericht für die März-Sitzung an.

TOP 2	Anregung gemäß § 24 GO NRW bzgl. des Einbaus von Bremswellen im Baugbiet Kulturquartier Vorlage: 281/2013
-------	--

Herr Backes informiert den Ausschuss über einen Ortstermin mit den Vertretern der Anlieger. In dem Gespräch konnte eine Einigung in der Weise erzielt werden, dass durch zusätzliche Aufpflasterungen im Bereich der Baumscheiben eine Geschwindigkeitsreduzierung erzielt werden solle. Ein Aufpflastern der Kreuzungsbereiche sei nicht finanzierbar. Der Einbau eines geschwindigkeitsreduzierenden Elementes im östlichen Abzweig der Straße „Am Theater“ sei aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens nicht erforderlich. Da der Ausschuss den Ausbauplan beschlossen habe und ein Vertrauensschutz bestehe, sei eine Umsetzung der Maßnahmen jedoch nur im Einvernehmen mit den Anliegern möglich. Grob geschätzt würden sich die Kosten auf rd. 1.500 € belaufen. Weitere Bürgeranträge seien für den Bereich Darfelder Weg angekündigt.

In der Diskussion äußern die Sprecher der Fraktionen Verständnis für den Wunsch und begrüßen das Gespräch mit den Anliegern. Allerdings sei die Lärmbelastigung nicht unerheblich, so dass eine verbindliche Zustimmung der direkten Anlieger bis zur Ratssitzung vorliegen müsse.

Beschlussvorschlag:

Die Straße „Am Theater“ wird im Zuge des Straßenausbaus an zwei Stellen mit Bremschwellen zur Geschwindigkeitsreduzierung unter der Voraussetzung ausgestattet, dass die betroffenen Nachbarn zustimmen. Die Einholung der Zustimmungen muss aufgrund des Fortschritts der Baumaßnahme bis zur Ratssitzung am 19.12.2013 durch die Nachbarn erfolgen. Zur Ausführung gelangt die in der Power-Point-Präsentation dargestellte Aufpflasterung Nr. 1 sowie im Konsens mit den Nachbarn die eingezeichnete Alternative 2 oder 3.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 3	Anregung gemäß § 24 GO NRW bzgl. der Auslichtung und Teilentfernung von Straßenbäumen Vorlage: 178/2013/2
-------	--

Zunächst zeigt Herr Dickmanns Fotos des Baumbestandes der betroffenen Straßenzüge in belaubtem Zustand und von vergleichbaren Straßenzügen in Coesfeld. Darüber hinaus zeigt er Fotos von ausgelichteten und gekappten Bäumen. Er weist darauf hin, dass Wurzeln, Stamm und Krone eines Baumes im Gleichgewicht sein müssten und durch ein Kappen viele neue Triebe entstehen würden.

In der ausführlichen Diskussion weist Frau Ahrendt-Prinz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf hin, dass sie sich vor Ort selbst ein Bild gemacht habe. Sie könne das Anliegen der Anlieger nicht nachvollziehen. Kaum jemand sei von Beschattung betroffen, die Darstellungen in dem Bürgerantrag seien nicht korrekt. Es handele sich um alte, gesunde Bäume, die es zu erhalten und zu pflegen gelte. Die Beschlusslage aus 2006 gelte nach wie vor, eine Gefährdung der Allgemeinheit liege nicht vor.

Herr Stallmeyer betont, dass es eine Lindenstraße ohne Linden mit der SPD-Fraktion nicht geben werde. Die vorhandenen Alleen müssten bleiben wie sie sind. Eine Änderung der getroffenen grundsätzlichen Entscheidung aus 2006 sei nicht erforderlich. Es handele sich im Übrigen um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Er gehe davon aus, dass der Baubetriebshof den Baumbestand fachgerecht beschneide. Eine Entfernung der Linden komme für seine Fraktion nicht in Frage.

Herr Bolwerk ist dagegen für die CDU-Fraktion der Auffassung, dass der Antrag auch Anlass sein müsse, über die seit Jahren geltende Beschlusslage nachzudenken. Bäume müsse man pflegen und Wildwuchs vermeiden, damit sie den Anliegern Freude bereiten.

Herr Kraska ist für die FDP-Fraktion ebenfalls der Meinung, dass über das bestehende Konzept nachgedacht werden sollte. Es müsse möglich sein, bestehende Ziele zu ändern. Die Bäume müssten verantwortungsvoll zurückgeschnitten und ausgedünnt werden.

Herr Peters teilt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. die Meinung der Verwaltung. Solange Bäume standsicher seien, sollten Sie erhalten bleiben und auch im Hinblick auf eine gesunde Umwelt nicht extrem zurückgeschnitten werden. Für eine Änderung des Grundsatzbeschlusses sei ein Antrag erforderlich. Zunächst müsse auch festgelegt werden, mit welchem Tenor das Gespräch mit den Anliegern geführt werden solle. Allerdings müsse man sich darüber bewusst sein, dass ein Abweichen von der Beschlusslage eine Flut von Anträgen zu Folge haben werde.

Herr Tranel ergänzt für die CDU-Fraktion, dass es nicht darum gehe, Extrempositionen zu diskutieren. Bäume seien nicht entscheidend für die Klimabilanz. Anwohner hätten das Recht, ihre Meinung zu äußern und einen Anspruch darauf, dass sich der Rat und seine Ausschüsse mit Bürgeranträgen beschäftigen. Daher sollte man sich nicht auf alte Beschlüsse zurückziehen. Es sei legitim, die Beschlusslage neu zu diskutieren und das Thema erneut anzugehen.

Frau Ahrendt-Prinz betont, dass sie als Ratsmitglied verpflichtet sei, sich auch mit anderen Sichtweisen auseinander zu setzen. Der Lebensraum der Bäume müsse erhalten bleiben. Bäume seien wichtig für das Stadtbild und die Lebensqualität der Bürger. Sicherlich seien Linden nicht die saubersten Bäume, eine Entfernung oder Kappung sei jedoch der einfachste aber nicht der richtige Weg. Wichtig sei eine baumgerechte Pflege.

Herr Kraska entgegnet, dass er sich verpflichtet fühle, vernünftige und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein Anliegen vorgebracht und die Politik müsse sich nun darum kümmern. Die bestehende Beschlusslage sei nicht im Sinne der Bürger. Er stellt den Antrag, den vom Bezirksausschuss beschlossenen Ortstermin zwischen Verwaltung und Anwohnern unter der Option des Rückschnitts und der Ausdünnung der Straßenbäume durchzuführen.

Nach weiterer Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Beschluss (Antrag der FDP-Fraktion)

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Ortstermin zwischen Anwohnern und Verwaltung mit dem Ziel des Rückschnitts und der Ausdünnung der Straßenbäume anzuberaumen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, einen Ortstermin zwischen Anwohnern und Verwaltung anzuberaumen, um die Situation zu erörtern.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Antrag FDP-Fraktion	5	7	0
	12	0	0

TOP 4	Weitere Planungsaufträge Berkelprojekt Vorlage: 244/2013
-------	---

Ergänzend zur Sitzungsvorlage weist die Verwaltung darauf hin, dass unter Punkt 5 des Beschlussvorschlages zusätzlich zu den bereits im Teilfinanzplan Investitionen 90.30 veranschlagten 105.000 € ein weiterer Betrag von 15.000 € für die Freiraumgestaltung und städtebauliche Begleitung im Umfeld der Wehranlage Normann berücksichtigt werden müsse.

In der ausführlichen Diskussion sprechen sich die Fraktionen mehrheitlich für die Planungsaufträge aus. Die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V., die SPD- und die CDU-Fraktion betonen die Wichtigkeit des Projektes für die Zukunft der Stadt. Diese Chance dürfe nicht vertan werden. Wichtig sei eine weitere intensive Einbindung der Bürger, der Anwohner und der Gewerbetreibenden.

Frau Ahrendt-Prinz gibt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu bedenken, dass die Bürger aufgrund der hohen Planungskosten von rd. ½ Mio. Euro skeptisch seien. Es sei schwierig, in den Gesprächen mit den Bürgern für das Projekt zu werben, wenn auf der anderen Seite Zuschüsse von 500 € für Vereine und Verbände gestrichen würden.

Herr Backes äußert Verständnis für diese Argumentation. Es sei eine sehr hohe Summe, mit der die Stadt innerhalb eines Jahres in Vorlage treten müsse. Dahinter stehe ein Gesamtprojekt von rd. 10 Mio. Euro, das über mehrere Jahre entwickelt werde und auch politische Ziele von Bund und Land mit hohen Fördersätzen beinhalte. Vorfinanzierte Planungskosten würden bei Umsetzung des Projektes in die Finanzierung einfließen.

Herr Kraska begrüßt für die FDP-Fraktion die Teilmaßnahme „NaturBerkel“. Problematisch seien die Maßnahmen „UrbaneBerkel“ Davidstraße und Berkelgasse. Er sehe die Gefahr, dass Chancen, z. B. für einen Parkplatz Davidstraße, verloren gehen. Die Berkel werde für die Regenwasserentsorgung gebraucht, für die Berkelgasse sehe er Probleme in Bezug auf die Akzeptanz. Für den Bereich Schlosspark hingegen sei das Geld gut angelegt.

Herr Backes entgegnet, dass die Planung Voraussetzung für die Diskussion im Ausschuss und mit den Bürgern sei. Das Gesamtprojekt sei wiederum Voraussetzung für die Förderung. Welcher Projektteil tatsächlich umgesetzt werde, ergebe sich aus der Diskussion, wobei das Teilprojekt Schlosspark wohl gesetzt sei. Genauso wichtig seien der Bereich Davidstraße mit dem Berkelhaus und das Objekt Süringstraße 25 - 29. Nach weiterer Diskussion beantragt Herr Kraska für die FDP-Fraktion eine separate Abstimmung zu den Beschlussvorschlägen 1 und 3 bis 6 und zu Beschlussvorschlag 2 eine gesonderte Abstimmung über die Teilprojekte.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenplanung für die Maßnahme „UrbaneBerkel“ (Planungsraum Mühlenplatz bis Gerichtsring) an die Landschaftsarchitekten panorama zu vergeben, einschließlich städtebaulicher Planungen im Umfeld der Innenstadtberkel.
2. Für die Teilprojekte 1 Davidstraße, 2 Berkelgasse und 3 Schlosspark soll in 2014 die Entwurfs- und Genehmigungsplanung erstellt werden, um Förderanträge für diese Maßnahmen vorbereiten zu können. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt 2014 vorzusehen. Der Ansatz im Teilfinanzplan Investitionen 70.03 Park- und Grünanlagen ist von 300.000 € auf 312.000 € zu erhöhen. Die Freigabe der Planungsleistung erfolgt durch den Rat nach Vorlage des Rahmenplans.

3. Das Abwasserwerk wird beauftragt, die Genehmigungs- und Ausführungsplanung für die Maßnahme „NaturBerkel“ (Planungsraum Stadtpark bis Einmündung Innenstadtberkel) an die Landschaftsarchitekten Koenzen zu vergeben. Für den Park am Südwall sind eine Vorentwurfs- und Entwurfsplanung parallel zu erstellen.
4. Das Abwasserwerk wird beauftragt, die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Maßnahme „NaturBerkel“ (Planungsraum Fürstenwiese bis Stadtpark) an die Landschaftsarchitekten Koenzen zu vergeben.
5. Wegen der stadtgestalterischen Wertigkeiten von Teilabschnitten der „NaturBerkel“ (Stadtpark, Park Letter Tor) muss eine städtebauliche Begleitung des Büro Koenzen berücksichtigt werden. Zusätzlich zu den bereits im Teilfinanzplan Investitionen 90.30 veranschlagten 105.000 € ist ein weiterer Betrag von 15.000 € für die Freiraumgestaltung und städtebauliche Begleitung im Umfeld der Wehranlage Normann zu berücksichtigen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Beteiligungs- und Kommunikationskonzept in Abstimmung mit der Regionale 2016 Agentur zu entwickeln und dem Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11	1	0
Beschluss 2.1 Schlosspark	12	0	0
Beschluss 2.2 Davidstraße	11	1	0
Beschluss 2.3 Berkelgasse	11	1	0
Beschluss 3	12	0	0
Beschluss 4	12	0	0
Beschluss 5	11	1	0
Beschluss 6	12	0	0

TOP 5	Kostenschätzung für die Coesfelder Straße in der Ortsdurchfahrt Lette Vorlage: 284/2013
-------	--

Herr Schmitz berichtet, dass für die Entwurfs- und Genehmigungsplanung aufgrund der im Bezirksausschuss vorgestellten Kostenschätzung weitere Mittel in Höhe von 6.000 € benötigt würden. Aus dem laufenden Haushaltsjahr stünden noch 16.952,11 € zur Verfügung, die in das Jahr 2014 zu übertragen seien. Auf Nachfrage von Herrn Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. teilt Herr Backes mit, dass die Maßnahme voraussichtlich nicht umlagefähig sei.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dem Rat der Stadt Coesfeld zu empfehlen, die für die Planung und Entwicklung der Ortsdurchfahrt Lette notwendigen Aufwendungen in den Haushalt 2014 einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

Herr Stallmeyer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Ausbau der Straße "Am Haus Lette"
Vorlage: 242/2013

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, dem Rat der Stadt Coesfeld zu empfehlen, im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2014 Haushaltsmittel für die Planung des Ausbaus der Straße „Am Haus Lette“ einzustellen. Die Straße soll sodann mit Gehweg und Entwässerung ausgebaut werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	1	0

TOP 7 Prioritätenliste 2014 FB 60 / Produkte Stadtentwicklung und Verkehrsplanung
Vorlage: 289/2013

Herr Tranel ist für die CDU-Fraktion der Auffassung, dass trotz des umfangreichen Arbeitsprogramms, der Regionale-Projekte Berkel und BahnLandLust und der beschränkten Personalkapazität über Veränderungen der Prioritäten diskutiert werden müsse. Das Personal stehe nur einmal zur Verfügung und es müsse zwischen Investorenplanungen und Einzelinteressen abgewogen werden. Seine Fraktion schlage vor, die Maßnahmen S 16 und S 17 vor Ziffer S 8 zu positionieren und für die Maßnahme S 17 die Zielperspektive 2014 vorzusehen. Die Maßnahmen S 11 und S 12 seien ebenfalls wichtige Themenkomplexe, die auf Position S 8 bzw. nach S 8 vorgezogen werden sollten.

Herr Stallmeyer ist für die SPD-Fraktion der Meinung, dass nicht über die Reihenfolge diskutiert werden sollte. Die aufgeführten Maßnahmen seien mit dem vorhandenen Personal nicht umzusetzen. Die Regionale binde das Personal noch für zwei bis drei Jahre und Investorenmaßnahmen seien zu berücksichtigen mit der Folge, dass der Bürger zurückstehen müsse. Fakt sei, dass für die Fülle der Aufgaben zu wenig Personal zur Verfügung stehe.

Herr Backes ergänzt, dass auch die beabsichtigte Fremdvergabe nicht grundsätzlich weiterhelfe. Die Steuerung der Maßnahmen erfolge weiterhin durch die Verwaltung. Es sei bereits jetzt erkennbar, dass sich ein Engpass ergeben werde, so dass dann noch einmal über die befristete Aufstockung des Personals zu verhandeln sei. Auch sei es im Moment schwierig, qualifiziertes Personal zu finden.

Herr Kraska stellt für die FDP-Fraktion fest, dass die Verwaltung gut aufgestellt sei. Da überwiegend eine externe Vergabe angedacht sei, sei nicht mehr Personal erforderlich. Es

müsse sparsam gewirtschaftet werden. Aufgrund des demografischen Wandels könnten Aufgaben abgebaut und damit mittelfristig Personal eingespart werden, damit die Verwaltung bezahlbar bleibe.

Frau Ahrendt-Prinz sieht die Priorisierung der Maßnahmen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gut gesetzt. Die Aufgaben könnten jedoch vom Fachbereich 60 nicht mehr bewältigt werden. Der Projektumfang gehe auf Kosten der Gesundheit des Personals. Eine externe Vergabe sei nicht die beste Lösung. Es müsse eine Personaldebatte geführt werden.

Herr Tranel teilt für die CDU-Fraktion die Meinung von Herrn Kraska nicht. Durch den demografischen Wandel werde der Anteil pflichtiger Aufgaben steigen. Durch die Prioritätenliste müsse ein Ausgleich zwischen den Projekten für Investoren, Bürgern und pflichtigen Aufgaben gefunden werden. Die Ausweisung eines Wohngebietes in Lette sei für junge Familien von hoher Priorität und daher eine Umsetzung in 2015/16 zu spät.

Im weiteren Verlauf der Diskussion erkundigt sich Herr Büker für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. nach dem Interessenten im Zusammenhang mit der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93 „Gewerbegebiet Südwest III“.

Die Verwaltung wird die Frage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantworten.

Beschluss:

Die Prioritätenliste 2014 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

1. Die Maßnahme S 16 wird vorgezogen auf die Position hinter S 7.
2. Die Maßnahme S 17 wird vorgezogen auf die Position hinter S 7 mit der Zielperspektive 2014.
3. Die Maßnahme S 11 wird vorgezogen auf die Position S 8.
4. Die Maßnahme S 12 wird vorgezogen auf die Position nach S 8.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	5	6	1
Beschluss 2	7	4	1
Beschluss 3	5	6	1
Beschluss 4	5	6	1

Damit wird die Maßnahme S 17 vorgezogen und die Zielvorgabe auf 2014 geändert, die Maßnahmen S 17, S 11 und S 12 verbleiben auf ihren Positionen.

TOP 8	Haushalt 2014 Vorlage: 280/2013
-------	------------------------------------

Herr Tranel und Herr Schneider erläutern den Antrag der CDU-Fraktion, bzw. der Fraktion Aktiv für Coesfeld zur Bereitstellung von Mitteln für die Einrichtung eines Bürgerbusses. Auf Nachfrage teilt Herr Backes mit, dass der Zeitplan bis September ausgesprochen optimistisch sei, da im Moment keine verlässlichen Zahlen vorlägen.

Frau Ahrendt-Prinz führt zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass eine kleine Informationstafel eine Bereicherung für das Marktplatzkunstwerk darstellen würde. Herr Schmitz teilt hierzu mit, die CDU-Fraktion im Jahr 2001 einen ähnlichen Antrag gestellt habe. Damals sei der Künstler zweimal vom Fachbereich 43 angeschrieben worden. Herr Goertz habe jedoch nicht reagiert. Es sei ungeschriebenes Gesetz, dass Kunstwerke sich selbst erklären müssen und nicht verändert werden dürfen. Es müsste also im Konsens mit dem Künstler ein Standort festgelegt werden, Kontakt bestehe allerdings derzeit nicht. Im Bürgerbüro werde ein Flyer mit Informationen vorgehalten. Aufgrund dieser Ausführungen ist Frau Ahrendt-Prinz der Auffassung, das Thema zu einem anderen Zeitpunkt zu diskutieren und zunächst Kontakt zum Künstler herzustellen und zu hinterfragen, ob eine Info-Tafel aufgestellt werden könne. Wenn der Künstler dazu nicht bereit sei, sei dies zu respektieren.

Herr Schneider ergänzt für die Fraktion Aktiv für Coesfeld, dass Herr Goertz seinerzeit eine Infotafel strikt abgelehnt habe.

Unter Bezug auf die Festlegungen im InHK zur Gestaltung von Nebenstraßen ist Herr Kraska für die FDP-Fraktion der Auffassung, die Maßnahmen Gehwege Pumpengasse und Neustraße zu streichen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion beantwortet Herr Dickmanns Fragen der Ausschussmitglieder zu den Budgets 70 und 90 und erläutert dem Ausschuss die Budgetänderungen des FB 70 der 1. Änderungsnachweisung, die im Hauptausschuss zur Beschlussfassung anstehen wird. Die Frage von Frau Ahrendt-Prinz zu dem Ansatz von 44.800 € im Zusammenhang mit der Haltestelle Schulzentrum wird die Verwaltung im Protokoll beantworten.

Antwort der Verwaltung:

Die Maßnahme ist abgeschlossen, der Verwendungsnachweis wurde bereits erstellt. Es ist unklar, wie der Zuwendungsgeber sich bei der Prüfung des Verwendungsnachweises im Punkt „Erhebung eines Entgeltes für die geschlossene B+R-Anlage“ verhält. Vorsorglich ist der o. a. Betrag für die Erstattung abgerufener Fördergelder einzuplanen.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion zum Bürgerbus, den Antrag der FDP-Fraktion sowie die von Herrn Dickmanns vorgestellte Änderungsliste abstimmen. Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt nicht.

Beschlussvorschlag 1 (Antrag der CDU-Fraktion):

1. Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen empfiehlt dem Rat der Stadt Coesfeld, das ehrenamtliche Bürgerbusprojekt im Jahr 2014 mit einem einmaligen Zuschuss zu den Einrichtungskosten i. H. v. bis zu 21.000 € zu unterstützen und das jährlich entstehende Defizit des Bürgerbusses i. H. v. bis zu 10.000 € zu tragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Budget 60 im Produkt 60.03 für konsumtive Aufwendungen einen Ansatz von 24.500 € zu veranschlagen.

Beschlussvorschlag 2 (Antrag der FDP-Fraktion):

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen empfiehlt dem Rat der Stadt Coesfeld, aus den Investitionen des Produktes 70.01 Verkehrsanlagen die Maßnahmen Gehwege Neustraße und Pumpengasse zu streichen.

Beschlussvorschlag 3:

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen beschließt, dem Rat der Stadt Coesfeld, die Annahme der Budgets 60, 70 und 90 mit den Budgetänderungen des FB 70 zu empfehlen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 Antrag CDU	11	0	1
Beschluss 2 Antrag FDP	12	0	0
Beschluss 3	8	0	4

TOP 9	Bebauungsplan Nr. 131 "SO-Gebiet Abfallentsorgungsstandort Brink" i.V.m. der 71. Änderung des Flächennutzungsplans Vorlage: 286/2013
-------	---

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 131 „SO-Gebiet Abfallentsorgung Brink“ aufzustellen.

Das ca. 9,3 ha große Plangebiet befindet sich im Norden des Coesfelder Stadtgebietes, nahe der Grenze zur Gemeinde Rosendahl. Es wird begrenzt durch:

- die Straße Brink im Norden,
- die Grenze des Flurstücks 221, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel im Osten,
- die Grenze des Flurstücks 210, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel im Süden,
- die Grenze des Flurstücks 219, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel im Westen.

Das Plangebiet umfasst das Flurstück 220, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel. Die Grenzen des Plangebietes sind entsprechend dem der Einladung beigefügten Abgrenzungsplan festgelegt.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit gültigen Fassung die 71. Flächennutzungsplanänderung im Parallelverfahren mit und für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 131 „SO-Gebiet Abfallentsorgung Brink“ durchzuführen.

Das ca. 9,3 ha große Plangebiet befindet sich im Norden des Coesfelder Stadtgebietes, nahe der Grenze zur Gemeinde Rosendahl. Es wird begrenzt durch:

- die Straße Brink im Norden,
- die Grenze des Flurstücks 221, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel im Osten,
- die Grenze des Flurstücks 210, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel im Süden,
- die Grenze des Flurstücks 219, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel im Westen.

Das Plangebiet umfasst das Flurstück 220, Flur 27, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel. Die Grenzen des Plangebietes sind entsprechend dem der Einladung beigefügten Abgrenzungsplan festgelegt.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 131 und die Durchführung der 71. Änderung des FNP im Parallelverfahren die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit gültigen Fassung und die Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11	0	0
Beschluss 2	11	0	0
Beschluss 3	11	0	0

TOP 10	Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Grundstücksermittlung zum Bau eines Lebensmittelmarktes Vorlage: 248/2013
--------	--

Herr Peters ist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. der Auffassung, dass der Antrag bereits erledigt sei, da die Aufgabe durch den Markt geregelt werde.

Herr Bolwerk unterstützt für die CDU-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion. Es sei schwer, Betreiber zu finden, Discounter bevorzugten Standorte außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche. Der Gemeindeplatz stehe nicht zur Disposition.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, bis zum 30.06.2014 ein Grundstück in Lette zu ermitteln / zu benennen, das die notwendigen Voraussetzungen zum Bau eines Lebensmittelmarktes im Ortsteil Lette erfüllt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	7	4	0

TOP 11	Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eines Parkverbotes für LKW Vorlage: 259/2013
--------	---

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Straßenverkehrsbehörde zu empfehlen, zu überprüfen, ob es erforderlich ist, im Kreuzungsbereich B 474 / Kreuzstraße / Coesfelder Straße / Zur Stegge ein Halte- bzw. Parkverbot einzurichten und in der nächsten Sitzung des Bezirksausschusses zu berichten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	11	0	0

TOP 12 Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereiches (Verkehrszeichen 325) für die Straße Am Alten Freibad
Vorlage: 261/2013

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 13 3. Quartalsbericht zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste
Vorlage: 234/2013

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 14 Realisierungsstand der Maßnahmen zum IV. Quartal 2013
Vorlage: 274/2013

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

TOP 15 Budgetbericht per 30.09.2013
Vorlage: 233/2013

Der Bericht für die Budgets 60, 70 und 90 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 16 Anfragen

Mit Hinweis auf den Bericht der Verwaltung stellt Herr Korth fest, dass bei Anlegung eines Radschnellweges von 2 x 2,50 m entlang der Landstraße L 581 eine Fahrbahnbreite von 6,50 m verbleibe. Bei Begegnungsverkehr von schweren Lkw aus dem Industriepark NORD.WESTFALEN und landwirtschaftlichen Maschinen bleibe jeweils ein Streifen von 25 cm zum Radweg. Er fragt, ob dies eine sinnvolle Konstruktion sei und wann mit einer Bürgerinformation zu rechnen sei.

Herr Backes teilt mit, dass die geplante Sanierungsmaßnahme durch Straßen NRW seit ca. drei Wochen bekannt sei. Einzelheiten stünden noch nicht fest.

Frau Walfort fragt, ob es zum Thema „Laub“ etwas Neues gäbe.

Herr Dickmanns teilt mit, dass die Zahl der Beschwerden zurückgegangen sei. Die erste Sammlung sei gut angenommen worden. Gleiches gelte für die Grünabfuhr. Im Bereich des Wertstoffhofes sei es zu Wartezeiten gekommen.

Herr Peters bittet die Verwaltung zu prüfen, warum die Kinderspielplatzgemeinschaft Klinkehenhagen eine Absage auf die Bewerbung um Spielgeräte, die von aufzugebenden Spielplätzen abgebaut werden, bekommen habe.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Eike Schwering
Schriftführerin